

Deponie soll abgedichtet werden

HUBBELRATH Politiker warnt seit 30 Jahren vor zu großer Durchlässigkeit.

Von Bernd Schwickerath

Erkrath. Das Thema treibt Bernhard Osterwind bereits seit mehr als 30 Jahren um. Bereits während der Planung zur Erweiterung der Mülldeponie Hubbelrath im Jahr 1981 warnte der Erkrather, der Untergrund der Deponie sei zu durchlässig. Giftiges Sickerwasser könne dadurch von der Deponie ins Grundwasser gelangen.

Seitdem ist viel passiert: Die alte Deponie wurde geschlossen, eine neue Hochdeponie errichtet. Doch eine sichere Verdichtung, wie sie der BmU-Politiker Osterwind gefordert hatte, gibt es bis heute nicht.

„Die Schicht ist durchlässig“

„Von Seiten der Stadt Düsseldorf und der Bezirksregierung hieß es immer, der Lösboden unter der Deponie sei undurchlässig. Aber das ist Quatsch. Seit der Nacheiszeit vor 10000 Jahren hat sich eine Schicht Sand im Boden festgesetzt. Die ist durchlässig“, sagt Osterwind.

Der Ratsherr geht davon aus, dass die ursprüngliche Deponie aus dem Jahr 1972 von der darüber liegenden Last der neuen Deponie „wie ein Schwamm ausgequetscht“ wird und dadurch Stoffe



Nicht ganz dicht: Die Deponie in Hubbelrath beschäftigt jetzt auch die Bezirksregierung. Archivfoto: Dieter Knopp

fe ins Grundwasser gelangen, „die an das Inhaltsverzeichnis eines Chemiebuches erinnern“.

So war die Deponie Hubbelrath auch im jüngsten Planungsausschuss wieder ein Thema. Doch obwohl die Stadtverwaltung die Bezirksregierung bereits im Juli zur Ausschusssitzung eingeladen hatte, blieben deren Vertreter fern. „Das ist mindestens ignorant, um es moderat auszudrücken“, sagt Osterwind.

Trotzdem scheint ein Umdenken bei der Bezirksregierung stattgefunden zu haben. Auch sie geht nun davon aus, „dass der

Grundwasserschaden von dem eindringenden Niederschlagswasser im Bereich des Altteils der Deponie verursacht wird“, heißt es von der Stadt Erkrath.

Deshalb erachtet auch die Bezirksregierung eine Oberflächenabdichtung für sinnvoll. Die Planung dafür laufen. Und selbst einen Beschluss braucht es nicht mehr, da dieser bereits 1998 als Teil des Planfeststellungsverfahrens gefasst worden war.

„Warum ist dann über zwölf Jahre nichts passiert?“, fragte Peter Knitsch von den Bündnisgrünen im Ausschuss.